



INFORMATIONEN FÜR DIE PRESSE

Frankfurt, 11. April 2013

Vereinbarung zwischen Land und Hochschulen

Ulrich Caspar & Bettina M. Wiesmann: „Hessen erhöht die Zahl zusätzlicher Studienplätze, Frankfurt profitiert besonders“

"Die Zahl der zusätzlichen Studienplätze an den staatlichen Universitäten und Fachhochschulen wird bis 2015 um insgesamt rund 15.000 gegenüber der bisherigen Planung erhöht. Diese Änderung geht auf die im vorigen Jahr geänderte Vorausberechnung der Kultusministerkonferenz zur Entwicklung der Studierendenzahlen zurück. Die entsprechenden ergänzenden Zielvereinbarungen haben Staatsministerin Eva Kühne-Hörmann und die Hochschulleiter heute in Frankfurt unterzeichnet. Dies ist eine gute Nachricht für die Studierenden und Abiturienten, besonders in Frankfurt, das als Hochschul- und Fachhochschulstandort doppelt profitiert", freuten sich die örtlichen Abgeordneten, Ulrich Caspar und Bettina M. Wiesmann.

Bund und Länder hatten 2007 den Hochschulpakt 2020 zur Sicherung der Ausbildungschancen der jungen Generation und zur Verbesserung der Finanzausstattung der Hochschulforschung geschlossen. In der Programmlinie Lehre übernimmt der Bund die Hälfte der Kosten, die für die vereinbarten zusätzlichen Studienanfängerplätze entstehen. Bereits in der ersten Phase des Hochschulpakts von 2007 bis 2010 hatten die hessischen Hochschulen die damaligen Vorgaben mit mehr als 11.000 zusätzlichen Studienplätzen übertroffen. „Die Hochschulen werden einerseits ihrer Verantwortung gerecht, während andererseits Land und Bund zu ihrer Zusage stehen, diesen Aufwuchs weiter zu fördern und die Hochschulen bei ihren Anstrengungen zu unterstützen“, bekräftigte Caspar: „Wir bleiben verlässliche Partner für die Hochschulen.“

Hessen setze im Rahmen des Hochschulpakts 2020 besondere Schwerpunkte, indem ein erhöhter Anteil des Zuwachses an den Fachhochschulen realisiert werde, ergänzte Wiesmann, zu deren Wahlkreis die Fachhochschule Frankfurt gehört. Zudem würden die naturwissenschaftlichen und technischen Studiengänge besonders berücksichtigt und der Anteil von Frauen bei der Besetzung von Professuren und sonstigen Stellen erhöht.



In der zweiten, von 2011 bis 2015 laufenden Phase des Hochschulpakts 2020, so Caspar weiter, würden die Mittel noch einmal deutlich erhöht: Insgesamt würden in diesen fünf Jahren voraussichtlich mehr als 870 Millionen Euro aufgewendet, rd. 383 Millionen Euro allein 2013 und 2014.

Das hohe Engagement des Landes komme dem Hochschulstandort Frankfurt besonders zu Gute, unterstrichen die Abgeordneten. Von den für 2013 vorgesehenen Mitteln im Umfang von 173 Millionen Euro erhalte die Goethe-Universität Frankfurt 24 Millionen Euro, davon 5 Millionen Euro für Bauinvestitionen, auf die Fachhochschule Frankfurt am Main entfielen 15 Millionen Euro.

Die Abgeordneten erinnerten in diesem Zusammenhang daran, dass Hessen bei der Steigerung der Hochschulausgaben bundesweit an der Spitze liege. Mit insgesamt 2,05 Milliarden Euro sei der Wissenschaftsetat in diesem Jahr so hoch wie noch nie in der Geschichte des Landes. „Die Förderung von Wissenschaft, Forschung und Lehre bleibt politischer Schwerpunkt - die Frankfurter Hochschulen spielen dabei eine zentrale Rolle“, hoben sie hervor.